

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Postgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophtenstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Avr. 23

Stuttgart, den 4. Juni 1904

20. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Wahl der Delegierten zum Verbandstag an allen Orten, wo Zahlstellen sich befinden, am Samstag den 11. Juni in Mitgliederversammlungen vorzunehmen ist.

Die Wahlzeit beginnt um 7 Uhr abends und endet um 12 Uhr. Innerhalb dieser Zeit muß jedem Mitglied, das nicht über die im Statut vorgesehene Zeit mit den Verbandsbeiträgen im Rückstand ist, also als stimmberichtig zu gelten hat, Gelegenheit gegeben sein, seinen Stimmzettel abzugeben. Der Stimmzettel kann nur persönlich vom Abstimmenden an der Wahlurne abgegeben werden, darf sonach weder durch eine andere Person überbracht noch brieflich eingesandt werden.

Nur die einzelnstehenden, an den Gauvorstand ihre Beiträge abführenden Mitglieder können ihren Stimmzettel schriftlich bis 11. Juni in den Besitz des Gauvorstandes gelangen lassen; Buchnummer und Name muß dabei vermerkt sein.

Die Wahlergebnisse sind nach Schluß der Wahlzeit, am Sonntag den 12. Juni, zusammenzustellen und sofort dem Bevollmächtigten des Vororts vom jeweiligen Wahlbezirk zu übermitteln. Dieser nimmt unter Zuziehung von zwei örtlichen Revisoren die Zusammenstellung der Stimmenresultate aus den Orten des Wahlbezirks vor und sendet das Gesamtergebnis, mit den Unterschriften der Kontrolleure und seiner eigenen Unterschrift versehen, so rechtzeitig an den Verbandsvorstand ein, daß von diesem am Dienstag den 21. Juni festgestellt werden kann, wer als Delegierter zum Verbandstag gewählt ist.

Die Stimmzettel sind bei Bekanntgabe der Wahlergebnisse von den Bezirken an den Verbandsvorstand nicht mit einzufenden, doch müssen diese am Vorort des Wahlbezirks noch bis zum Verbandstag aufbewahrt werden für den Fall, daß Wahlbeanstandungen sich ergeben sollten.

Zu übrigen verweisen wir auf die bereits in der Nummer 20 des Organs enthaltene Bekanntmachung und auf das im Mitgliedsbuch Seite 39 und 40 enthaltene Wahlreglement.

* * *

Der bis zum 6. Juni den Mitgliedern in den Wahlbezirken bekannt zu gebende offizielle Wahlvorschlag hat alle die Vorschläge zu enthalten, welche von Mitgliederversammlungen oder einzelnen Mitgliedern bis zum 28. Mai dem Bevollmächtigten des Wahlbezirksvororts zugegangen waren. Nach dem 28. Mai und bis zum Tag der Wahl etwa noch vorkommende Wahlvorschläge sind von den solche Vorschläge machenden Mitgliedern auf eigene Kosten zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen. Den Mitgliedern bleibt es überlassen, ob sie bei der Wahl auf nichtoffizielle Wahlvorschläge Rücksicht nehmen wollen oder nicht.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Zum Verbandstag. Erwerbslosenunterstützung.

Ein anderes Symptom, als Kollege Albert in seinem Artikel „Dem Abgrund zu!“ in Nr. 20 der „Buchb.-Ztg.“ zu sehen meint, erblickte ich in den zum Verbandstag gestellten Anträgen. Während unsere Reichspolitik bestrebt ist, nach außen hin zu glänzen, ist die organisierte Arbeiterschaft, neben dem prinzipiellen Bestreben zu Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, in ebendem Wettstreit bemüht, den inneren Ausbau ihrer Organisationen durch Einführung von Unterstützungen jeglicher Art zu vervollständigen und so in kollegialster Weise in allen Wechselfällen des Lebens wahre Solidarität zu üben.

Wenn nun in diesem Bestreben auch manchmal etwas mit unterläuft, das über das Ziel hinauszu-schießen scheint, so ist dabei doch immer zu bedenken, daß es einem guten Gefühle und einer guten Absicht entsprungen ist, und das dürfen wir nicht verkennen.

Satire ist hier nicht angebracht. Nun sollten wir in allererster Linie darauf bedacht sein, unsere Mitglieder bei eintretender Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität einigermaßen zu unterstützen. Das erstere ist ja länger schon eingeführt und dürfte es wohl kaum einem Kollegen einfallen, jemals die Abschaffung dieses Unterstützungsweiges zu wünschen. So wird es auch nach Einführung anderer Unterstützungen gehen; hat sich ein einmal Geschaffenes bewährt, so zahlt gewiß jeder gern einen Nickel mehr, um es weiterzuführen. Wenn ein zu gewährenden Zuschuß zur staatlichen Invalidenrente, so wünschenswert er wäre, für unsere Organisation als ein zu gewagtes Experiment angesehen werden sollte, so erwarten wir doch vom bevorstehenden Verbandstag, daß er die Unterlassungsfünden vergangener Jahre und Jahrzehnte wieder in etwas gut macht und wenigstens den Anfang macht mit einer Unterstützung in Krankheitsfällen. In der vorjährigen Debatte über die Verschmelzung der Zentralkrankenkasse mit dem Verband war als Resultat zu ersehen, daß eine Veränderung des Wesens dieser Kasse nicht in Aussicht steht, aus Rücksicht auf jene ihrer Mitglieder, die — Nichtverbandsmitglieder sind. Das verkehrteste Prinzip gewerkschaftlich organisierter Arbeiter! Wer in gewerkschaftlichen Fragen nicht ganz auf unserer Seite steht, hat keinen Anspruch auf Rücksicht. Oder nehmen etwa diese Kollegen Rücksicht bei Lohnkämpfen auf uns? Dafür sind gewiß nur seltene Beispiele aufzuführen. So müssen wir denn Anstalt machen, unseren Mitgliedern, die mit uns jahrein jahraus Schulter an Schulter im Kampfe stehen, auch in Krankheitsfällen durch eine, wenn auch vorerst kleine Beisteuer beizustehen.

Aus allen diesen Gründen wurde von einer kleinen Anzahl Zahlstellen und auch von mir und P. Frey der Antrag auf Einführung von Erwerbslosenunterstützung im Verband gestellt. Vielfach wird nun diese Art der Unterstützung von den Kollegen angegriffen, wobei als Hauptgrund angeführt wird, daß wir dann viel höhere Beiträge als die beantragten 50 resp. 20 Pf. fordern müßten. Dem ist nicht so, wie ich an einem Beispiel der Zahlstelle Stuttgart beweisen werde.

Laut Jahresbericht waren im Jahre 1903 rund 225 männliche Mitglieder 1150 Wochen arbeitslos. Diese bezogen 2725 Mk. Unterstützung. Krank-

waren in derselben Zeit rund 220 männliche Mitglieder und zwar 1010 Wochen. Rechnet man nun bei diesen Krankenwochen den gleichen Unterstützungsbeitrag wie bei Arbeitslosigkeit, so ergibt dies die Summe von 2332 Mk.

40 weibliche Mitglieder waren in demselben Jahre rund 120 Wochen arbeitslos und erhielten für diese Zeit 80 Mk. Krank waren 220 und zwar 990 Wochen. Diese Zahlen in gleichem Sinne wie bei den männlichen Mitgliedern ungerechnet ergibt die Summe von 3658,60 Mk. Bei 50 Pf. resp. 20 Pf. Beiträgen hätte Stuttgart, nach den bezahlten Beiträgen berechnet, eine Mehreinnahme von 4216,10 Mark. Bei den jetzigen Beiträgen wurden so wie so 5805,50 Mk. an die Verbandskasse abgeliefert. Es ergibt dieses zusammengerechnet somit die Summe von 10021,60 Mk. Die Krankenunterstützung hätte uns nach den vorausgegangenen Ausrechnungen zusammen eine Ausgabe von 5990,60 Mk. verursacht. Dies von den 10021,60 Mk. Einnahme abgerechnet, ergibt immer noch einen Überschuß von 4031 Mk. Mit diesem Gelde könnten die im jetzigen Statut bestehenden Ungerechtigkeiten ausgemerzt werden und der Überschuß, der an die Verbandskasse abgeliefert würde, wäre noch groß genug, um unseren Streifonds fortwährend zu vergrößern.

Was hier für Stuttgart zutrifft, dürfte wohl auch im Verhältnis bei den anderen Zahlstellen zutreffen, zumal diese Ausrechnungen bei dem gleichen Satz der Arbeitslosenunterstützung gerechnet sind. Es ist doch aber nicht absolut notwendig, daß die gleichen Sätze bezahlt werden sollen! Einigt sich der Verbandstag auf die Einführung von Erwerbslosenunterstützung, so wird wohl unzweifelhaft eine Kommission aus den vorliegenden Anträgen ein Reglement aufstellen müssen und da könnte denn doch gesetzt werden: a. Arbeitslosenunterstützung, b. Krankenunterstützung, eventuell c. Invalidenunterstützung. Die Sätze könnten somit verschieden sein, die Karenzzeit bei den letzteren zwei Unterstützungen verlängert werden, so daß jedes Risiko bei Einführung von Erwerbslosenunterstützung ausgeglichen ist. Der Verbandstag wird sich dieser Ansicht nicht verschließen können, denn mit ein wenig Herumdoktern an der Arbeitslosenunterstützung ist den Mitgliedern nicht geholfen. Wir erwarten vielmehr, daß der Verbandstag ganze Arbeit macht.

Nicht „Dem Abgrund zu!“, wie Kollege Albert pessimistisch ausruft, sondern unsere Lösung muß sein: Auf, zu immer höherer Betätigung des Solidaritätsgefühls unter dem Schutze und zum Wohle des Deutschen Buchbinderverbandes.

Stuttgart. Oskar Schröter.

Unsere Zeitung.

Auf dem Dresdener Verbandstag dürfte es unter anderem auch bei der Berichterstattung unseres Redakteurs zu einigen Auseinandersetzungen kommen, und zwar über die prinzipielle Haltung unseres Organs, sowie wahrscheinlich auch über die redaktionelle Einteilung der Zeitung.

In ersterer Beziehung wird wohl die scharfe Vertretung der Neutralität der Gewerkschaften und damit zusammenhängend die, sagen wir, etwas eigentümliche Behandlung der sozialdemokratischen Partei zur Sprache kommen.

Mir scheint nun, daß im Punkte der Neutralität

des Guten etwas zuviel getan wird. Da ist zunächst der Leitartikel, der sich mit dem Frankfurter Kongress beschäftigte.

Ohne hier näher auf den Artikel und die sich anschließende Diskussion einzugehen, muß aber doch bemerkt werden, daß, wenn die Neutralität der Gewerkschaften, speziell in religiöser Beziehung, wohl dem einzelnen Kollegen gegenüber etwas für sich hat, die Sache der Gegenorganisation — die die christlichen und sonstigen, abseits stehenden Gewerkschaften nun einmal sind — gegenüber doch ein wesentlich anderes Gesicht trägt. Es darf nicht verkannt werden, daß die christlichen sowohl wie die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften nicht gegründet sind, um die Arbeiter zu organisieren, sondern sie sind gegründet und werden in der Hauptsache auch heute noch dementsprechend geleitet, um die Arbeiter von den freien, vulgo sozialdemokratischen Gewerkschaften fern zu halten. Einzelne Ausnahmen bestätigen lediglich die Regel. Und diesen Gewerkschaften gegenüber will man Neutralität üben, ja man begründet sogar mit Genuß die Gründung von neuen Zersplitterungsorganisationen, wie es in der „Gewerkschaftlichen Umschau“ in Nr. 51, Jahrgang 1903, unserer Zeitung geschieht.

Die freien Gewerkschaften werden natürlich nicht mit derselben Glimpflichkeit behandelt. Sie werden bei irgend welchen den Überneutralen nicht in den Kram passenden Äußerungen in ziemlich schulmeisterlicher Weise abgefertigt. So geht es beispielsweise den Gärtner zweimal. (Siehe „Gewerkschaftliche Umschau“ in Nr. 29 und 51 des Jahrganges 1903.) Auch die Stellungnahme der Vertreter der Gewerkschaften auf dem Verbandsstag der Gewerbevereine konveniert dem Berichterstatter nicht und wird als engherzig bezeichnet, weil sie bei Besprechung der Frage der Einführung der Proportionalwahl den Standpunkt der obligatorischen Einführung derselben vertreten hatten. (Siehe „Buchb.-Ztg.“ Nr. 47, 1902, „Gewerkschaftliche Umschau“.)

Ein eigentümlicher Zustand, diese Überneutralität, die vor lauter Objektivität gegen sich selbst ungerecht ist, die dem Gegner alle Übergriffe verzeiht und ihn möglichst mit Glacehandschuhen anfaßt. Bei alledem ist der Liebe Mühe umsonst. Es wird nicht gelingen, von den freien Gewerkschaften das Odium zu nehmen, daß sie sozialdemokratisch seien, weil den Leitern der Gegenorganisationen sonst das Konzept verdorben würde, die Existenz der christlichen und sonstigen Sonderorganisationen würde ja dann überflüssig sein.

Vom Standpunkt dieser Überneutralität dürfte auch die Haltung unseres Organs gegenüber der sozialdemokratischen Partei diktiert sein. Auch in dieser Beziehung tritt das Bestreben hervor, die Berührungspunkte möglichst zu vermindern.

Da ist zunächst der Leitartikel in Nr. 30, Jahrgang 1903, von B. S., der das Ergebnis der Reichstagswahlen bespricht. Diesen Artikel hat zwar Schmidt nicht selbst geschrieben, durch Aufnahme als Leitartikel jedoch sein Einverständnis damit erklärt. Dieser Artikel ist teilweise recht phantastisch. So, wenn behauptet wird, daß das „Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen manchen Reichstagskandidaten veranlaßt hätte, nicht nur Verbeugungen, sondern ganz bestimmte Zusicherungen zu machen“, ja es soll sogar „bei einigen dieser Kandidaten ein völliger Umschwung in bezug auf die Auffassung der Vertretung wirtschaftlicher Arbeiterinteressen eingetreten sein“. Dann wird ferner die „begründete Hoffnung“ ausgesprochen, „daß den Gewerkschaften gegenüber eine Politik eingeschlagen wird, die sich wesentlich von der seitherigen der Schifane und Verfolgung unterscheidet“. Na, hoffentlich ist inzwischen B. S. von dieser etwas optimistischen Ansicht kuriert. Aber, was soll man dazu sagen, wenn mehr kühn als richtig behauptet wird, daß im wirtschaftlichen Kampfe die Waffen nicht ungleich verteilt sind. Es macht fast den Eindruck, als ob dieser Satz nur Aufnahme gefunden hat, um einen gewissen Gegensatz zur Sozialdemokratie zu konstruieren. Wäre er richtig, wozu dann überhaupt die Sozialdemokratie und den ganzen politischen Kampf, dann könnten die Arbeiter ja jetzt schon erringen, was sie möchten. Doch der ganze Artikel ist nicht von besonderem Wohlwollen für die Sozialdemokratie erfüllt. So, wenn gefragt wird: „Ob sie (die

Sozialdemokratie) auch in Zukunft sich anpassungsfähig genug zeigt und sich nicht in Gegensatz zu den Gewerkschaften stellt?“

Auch in anderen Artikeln zeigt sich das Bestreben, diese Gegensätze hervorzuheben. So in dem Artikel Schmidts: „Bedürfnis die Gewerkschaften eigener Vertreter in den Parlamenten?“, wo Schmidt allerdings die gestellte Frage verneint, aber mit so viel Wenn und Aber, daß man nicht gerade besonders übelwollend zu sein braucht, um auf den Gedanken zu kommen, daß der Verfasser im Grunde seines Herzens dem Projekt immerhin einige Sympathie entgegenbringt. Des ferneren wird in dem Artikel eine Philippika gegen diejenigen Vertreter der Partei gehalten, welche die Gewerkschaften nicht ganz für voll ansehen und in ihnen nur eine Art Rekrutenschulen der Partei erblicken. Interessant ist es, daß ein halbes Jahr später, in Nr. 29 unserer „Buchb.-Ztg.“, unter „Gewerkschaftliche Umschau“, bei Beratung der Resultate der Reichstagswahlen, selber so eine Art Rekrutenschule vorgeführt wird. Hier wird nämlich der kolossale Stimmenzuwachs in Rheinland-Westfalen auf das Konto des Vergarbeiterverbandes gesetzt. Doch das nur nebenbei. Der Schmidtsche Artikel bringt ebenfalls in seinem Gesamteindruck wenig Wohlwollen für die Partei zum Ausdruck. Und so geht es noch an mehreren Stellen. Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, daß die Zeitung nicht nur vom Standpunkt der Neutralität, sondern auch vom Standpunkt des Nur-Gewerkschaftlers redigiert wird.

Nun möchte ich demgegenüber zu bedenken geben, daß das Verbandsorgan doch in erster Linie für die Verbandsmitglieder da ist und auf deren Anschauungen auch ein wenig Rücksicht genommen zu werden verdient. Wenigstens doch etwas mehr, als auf außenstehende Kollegen, die vielleicht die Haltung der Zeitung nur als passende Ausrede gebrauchen, wenn sie weiter keinen Ausweg mehr wissen. Da von unseren Mitgliedern wahrscheinlich 99 Prozent der Sozialdemokratie angehören, so wäre damit die Haltung der Zeitung gegeben. Nicht etwa, daß ich verlange, daß Artikel über die Lehren der Sozialdemokratie aufgenommen werden sollen, das Mindeste wäre aber doch, daß man der Arbeiterpartei mit etwas mehr Verständnis entgegenkäme und nicht das Trennende, sondern mehr das Einigende betont.

Bezüglich der redaktionellen Einteilung der Zeitung kann ich mich kürzer fassen.

Ich habe den Eindruck gewonnen, als wenn unser Redakteur auf die Korrespondenzen nicht viel Wert legt und aus dieser Anschauung heraus ein — wenn auch unbeabsichtigtes — Zurückdrängen derselben verfolgt. Ich teile nun diese Auffassung nicht, bin im Gegenteil der Meinung, daß die Korrespondenzen sehr wichtig sind; sie allein können uns einen Ein- und Überblick über das Verbandsleben geben. Auf Kosten der Korrespondenzen scheint sich in erster Linie die Rundschau entwickelt zu haben, die heute einen früher nicht gekannten Umfang angenommen hat. Wenn ich nun auch den damit verfolgten Zweck nicht verkenne, so ist es doch notorisch, daß der die Tagespresse verfolgende Kollege eine ganze Reihe von Notizen hier wiederfindet, die er bereits zu Gesicht bekommen hat. Und diejenigen Mitglieder, welche kein Interesse an der Tagespresse haben, lesen in der Regel die „Buchb.-Ztg.“ auch nicht. Wenn sie dieselbe wirklich einmal in die Hand nehmen, dann wird nur hier und da genascht, unter Korrespondenzen nachgesehen, ob nicht etwa ein Bericht einer Zahlstelle drin steht, wo man zuletzt gewesen ist, oder an der man sonst ein besonderes Interesse hat.

Auch die gewerkschaftliche Umschau dürfte in der jetzigen Form, schon wegen der kleinen Schrift, wenig gelesen werden. Zweckmäßig würde es sein, wenn die verschiedenen Themas, aus denen sie sich zusammensetzt, einzeln behandelt würden. Vielleicht in der Weise, daß Sozialpolitik, wirtschaftspolitische Überlicht, Vorgänge in den einzelnen Gewerkschaften, getrennt gehalten werden und dann zwanglos in einzelnen Nummern erscheinen.

Die Einführung der fachgewerblichen Artikel halte ich für sehr zweckmäßig; ist dies doch schon ein alter Wunsch der Kollegen, dessen Erfüllung nur immer daran scheiterte, daß niemand zu finden war, der derartige Sachen übernahm.

Nunmehr am Schluß angefangt, will ich nur

bemerken, daß ich es für notwendig hielt, diese Ausführungen im Interesse des Zusammenwirkens unserer Zeitung mit den organisierten Kollegen zu machen. -ch.

Die Unterstützungsfanatiker.

Unter der einem Schauderroman entnommenen Kapitelüberschrift „Dem Abgrund zu!“ veröffentlichte Kollege Albert ein erstes Wort an die Verbandsmitglieder. In diesem Artikel wird die Frage, welches der Zweck des Verbandes ist, aufgeworfen und dahin beantwortet, daß diese Frage vor Jahren leicht zu beantworten gewesen sei, heute aber nicht mehr.

Die Anträge auf Einführung eines Zuschusses bei Verheiratung und eine Wöchnerinnenunterstützung haben es ihm angetan, und er verspricht vorerst mit Emphase all seinen verfügbaren Lohn gegen diese beiden beantragten Unterstützungsbezüge. Damit beweist er, daß er die Motive, aus welchen die Anträge gestellt sind, nicht kennt, trotzdem in Nr. 14 und 15 der „Buchb.-Ztg.“ diese erläutert wurden.

Die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern ist es, welche einem jeden, welcher es mit der Organisation ernst meint, veranlaßt, darüber nachzudenken, mit welchen Mitteln die gewonnenen weiblichen Mitglieder gehalten werden können. Die Arbeitslosenunterstützung, welche an sich äußerst niedrig erscheint, trotzdem aber die Summe der geleisteten Beiträge übersteigt (? D. R.), wird von den Arbeiterinnen sehr wenig in Anspruch genommen. Einmal wegen der 52wöchigen Karenzzeit, das anderemal dadurch, weil Arbeiterinnen selten eine längere Zeit arbeitslos sind. Die weibliche Arbeitskraft ist sehr gesucht, meist deshalb, um die bedeutend teurere männliche Arbeitskraft zu ersetzen, um so eine Produktionsersparnis zu erzielen.

An einigen Zahlen, welche den Jahresberichten der Zahlstelle Berlin entnommen, die 2/3 der im Verband organisierten Arbeiterinnen zu Mitgliedern zählt, ist die Fluktuation deutlich zu erkennen.

Wir hatten

Table with 4 columns: Jahr, Aufnahmen, weibl. Mitgl., Gestrichen wurden. Rows for years 1900-1903.

Im ersten Quartal 1904 verfielen in unserer Zahlstelle abermals 154 weibliche Mitglieder der Streichung. Das sind doch Zahlen, die jedem die Frage nahelegen, wie dieser enormen Fluktuation abzuwehren ist. In Betracht ist zu ziehen, daß die Zahlen der Aufnahmen die Werbekraft des Verbandes beweisen. Nicht um die Werbekraft des Verbandes zu erhöhen, sind die Anträge gestellt, sondern um die gewonnenen Mitglieder an die Organisation zu fesseln, damit die Agitation endlich aufhört Siphonarbeit zu sein. Wir in Berlin haben das Vertrauenspersonensystem durchgeführt, und trotz guten Funktionierens dieses Systems diese Fluktuation. An dieser ist zu erkennen, daß noch eine große Anzahl indifferenter Arbeiterinnen vorhanden ist; das wird an anderen Orten gleichfalls der Fall sein. Während nun in anderen Orten die Arbeiterinnen mit dem Verlassen der Arbeitsstätte mit Berufswechsel zu rechnen haben und auch rechnen, ist dies in Berlin seltener der Fall. Sehr oft herrscht hier Mangel an geübten Arbeiterinnen. Dies trägt viel dazu bei, daß die Summen der von den weiblichen Mitgliedern bezogenen Arbeitslosenunterstützung in nachfolgender Zusammenstellung so niedrig sind:

Table with 4 columns: Jahr, Einnahmen aus Beiträgen, männliche/weibliche, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, männliche/weibliche. Rows for years 1900-1903.

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß wir — da die Arbeitslosenunterstützung, wie schon angeführt, von den weiblichen Mitgliedern wenig in Anspruch genommen wird — noch lange keinen

Abgründe zuseuern, wenn wir speziell Unterstützungs-
zweige für Arbeiterinnen einführen. Im Gegenteil
würde dies eine ausgleichende Gerechtigkeit herbei-
führen. Ferner bindet jede Erweiterung der Rechte
der Mitglieder und jede Neueinführung von Unter-
stützungseinrichtungen die Mitglieder fester an die
Organisation. Die Gewerkschaften, welche Unter-
stützungszweige eingeführt haben, verzeichnen am
1. Januar 1904 den größten Mitgliederzuwachs.
So unter anderem die Metallarbeiter einen solchen
von 31 293 Mitgliedern; die Holzarbeiter, welche
seit 1. April 1903 die Arbeitslosenunterstützung ein-
geführt haben, gewannen 12811 Mitglieder; die
Bergarbeiter 20750; die Textilarbeiter 18644; die
Fabrikarbeiter 13667. Es könnten noch weitere
Zahlen angeführt werden, doch genügen schon diese
Beispiele, um zu zeigen, daß diese Organisationen,
wie auch der Buchbinderverband, nicht dem Ab-
grund zudrängen, sondern sich weiter ausbreiten und
so sich zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor ent-
wickeln. Jenen Köhlerglauben, daß Unterstützungs-
einrichtungen verflachend auf die Gewerkschaftler
wirken, kann man ruhig ins alte Eisen werfen.
Die daran geknüpften Befürchtungen sind nirgends
eingetroffen, vielmehr glänzend widerlegt worden,
schon allein dadurch, daß die Organisationen jetzt
weit härtere Kämpfe mit dem Unternehmertum be-
stehen als je vorher. Es sei nur auf die Aus-
sperrungen der Metallarbeiter in Berlin und Sferlohn,
die Aussperrung der Textilarbeiter in Crimmitschau
und auf den Berliner Bäckerstreik hingewiesen. Diese
Kämpfe haben nicht, wie die früheren Streiks, eine
Mitgliederabnahme im Gefolge gehabt, sondern im
Gegenteil einen ungeahnten Mitgliederzuwachs ge-
bracht. Das beweist, daß diese Organisationen,
welche Unterstützungsseinrichtungen haben, in ihrer
Kampffähigkeit keine Einbuße erlitten haben, son-
dern das Abbrechen der Kämpfe in Berlin und
Crimmitschau zeigt, daß eine bisher ungeahnte Dis-
ziplin in den Reihen der Gewerkschaften Platz ge-
griffen hat, und weiter, daß mit Überlegung, ohne
jede Leidenschaft, die wirtschaftlichen Kämpfe ge-
führt werden.

Nun zitiert Albert einen Ausspruch der Kollegin
Nass in Stuttgart und glaubt — wie naiv — die
von ihm Unterstützungsfanatiker Genannten seien
hierdurch abgetan. Das ist keineswegs der Fall.
Wenn es so wäre, dann brauchte der Artikelschreiber
nicht schon im Mai Hundstagsfäße zu imitieren.
Denn nur diese erklärt die Form. In Wirklich-
keit rechnen die Arbeiterinnen vor der Verheiratung
selbst mit der Rückerstattung der zur Invaliden-
versicherung gezahlten Beiträge, welche doch auch
keine große Summe ausmachen. Vielfach ist bei
Arbeitern eine große Geldkalamität vor Eingehen
der Ehe vorhanden und deshalb könnte hier in
manchen Fällen etwas nachgeholfen werden. Eine
Wöchnerinnenunterstützung aber würde die Emp-
fängerin derselben in größerem Maße die Mög-
lichkeit geben, dem geschwächten Körper nahrhaftere
Speisen zu bieten, gewiß ein löblicher Zweck, den
auch jeder Idealist unterstützen wird.

Die Form des Albertschen Artikels ist deplaziert.
Ich hoffe, daß Kollege Albert seinen Redaktionshohn verläßt und Dresden, das ihn schon
lange entbehrt, mit seiner Anwesenheit auf dem
Verbandstag beehrt. Dort wird er Gelegenheit
finden, die Unterstützungsfanatiker kennen zu lernen
und mit ihnen diskutieren können. E. K. in B.

Dem Abgrund zu.

Wer schweigt, stimmt zu! ruft Kollege Albert
am Schlusse seines Artikels pathetisch aus. Wer
könnte denn da ruhig bleiben! Sogar geschrieben ist
worden, geschrieben vor Schreck, da jeder die Auf-
lösung des Verbandes schon vor Augen sah beim
Lesen des Artikels. Jeder sah sich schon um die
langerworbene Rechte zum Unterstützungsbezug —
„um deretwillen sie ja nur Mitglied wurden“ —
geprellt. Albert mag Unterstützungsseinrichtungen
als dem Kampfcharakter der Gewerkschaften zuwider-
laufend betrachten, bei der Mehrzahl der Verbands-
mitglieder wird er damit kein Glück haben.

Betrachten wir die deutsche Gewerkschafts-
bewegung aufmerksam, so finden wir, daß innerhalb
der letzten 10 Jahre alle Verbände mehr oder
weniger ihr Unterstützungssystem ausgebaut haben,
und zwar nicht zu ihrem Nachteil. Das dürfte

auch Albert nicht entgangen sein. Nun hat es ihm
die beantragte Brautaussteuer und Wöchnerinnen-
unterstützung angetan. Die erstere Unterstützung
ist meines Wissens von Leipzig zuerst angeregt.
Einen vernünftigen Grund finde ich nicht, über
solche Anträge nicht anständig diskutieren zu sollen.
Ich will voraussagen, daß ich nicht sonderlich
für diesen Unterstützungsweig schwärme, aber den
Kollegen und Kolleginnen, die diese Unterstützung
als Antrag stellten, ist es jedenfalls bitter ernst
gewesen, und sie sind auf Grund jahrelanger Tätig-
keit als örtliche Funktionäre zu diesem Vorschlag
gekommen. Sie alle haben sich so oft darüber den
Kopf zerbrochen, wie es möglich ist, insbesondere
die Arbeiterinnen an den Verband zu fesseln. Ja,
solcher Angelpfeife bedarf es ja gerade nach A.
nicht! Wir wollen eine Kampforganisation, raunt's
uns aus dem Artikel A. entgegen. Ja! Ja! auch
wir wollen die Kollegen und Kolleginnen in erster
Linie zum Kampf erziehen, doch bevor wir das
können, müssen wir sie erst als Mitglieder haben.
Und daß wir sie kriegen, dazu muß uns jedes
Mittel zum Zweck dienen. Wenn A. soweit geht
und die Schuld den leitenden Personen oder Ein-
richtungen zuzieht und diese besichtigt wissen will,
und wenn er ferner in seinem „logischen Denken“
sogar den logisch Denkenden empfiehlt, schleunigst
einen Antrag zwecks Auflösung des Verbandes zu
stellen, so wird er als allein logisch Denkender sich
wohl selbst der Mühe unterziehen müssen; der Er-
folg kann kaum zweifelhaft sein.

Warum ich überhaupt auf den Artikel A.s ein-
gegangen bin, ist in der Hauptsache der Satz: „Aus
Gründen der Taktik verneine ich mir's, an dieser
Stelle deutlicher zu reden.“ Heraus mit der Zicke
auf den Deichdamm! sage ich, und nicht an Herz-
drücken geforben. Aber dann auch zu jeder Zeit
Mängel und Fehler, die dem Verband beziehungs-
weise dessen Leitern anhaften, zur Sprache gebracht
und mitgewirkt an den ständigen Arbeiten des Ver-
bandes! Für Eintagsfliegen, die nur kurz vor einem
Verbandstag schwärmen, habe ich jedoch keine große
Bewunderung. L., E. Pf.

Die Tätigkeit unseres Tarifamtes.

Zur Erwiderung.

Aus den letzten Nummern der „Buchb.-Ztg.“
ist zu ersehen, daß eine Anzahl Kollegen das Be-
dürfnis fühlt, die Tätigkeit unseres Tarifamtes
einer recht eingehenden Kritik zu unterziehen.

So erfreulich es nun ist, daß Interesse für die
neugegründeten Tarifinstitutionen vorhanden ist, so
bedauerlich ist es hingegen, daß sich der Groll der
Betreffenden nicht schon eher Luft gemacht hat, und
fast sieht es aus, als ob die paar Wochen bis zum
Verbandstag dazu ausgenützt werden sollen, den
auf diesen exponierten Posten gestellten Vertretern
einen Strick zu drehen.

Soweit sich nun der Unwille der Kollegen gegen
das Tarifamt als Gesamteinstitution wendet, können
sich die demselben angehörenden Gehilfenvertreter
dem nur anschließen, müssen sich aber gleich von
vornherein dagegen verwahren, daß ihnen die Schuld
an dem unbefriedigenden Geschäftsgang des Tarif-
amtes aufgewälzt wird. Von unserer Seite ist
nichts unversucht geblieben, um die Prinzipalver-
treter zur Mitarbeit im Sinne der geplanten Tätig-
keit des Tarifamtes (siehe Nr. 47, 1903, der „Buchb.-
Ztg.“) zu veranlassen; Mittel, sie dazu zu
zwingen, hatten wir absolut nicht. Der Ver-
bandsvorstand war laufend davon unterrichtet, wie
die Sachen liegen, und es ist notwendig, daß auch
hiermit die im diesbezüglichen Artikel der „Buchb.-
Ztg.“ Nr. 10 am Schlusse des zweiten Absatzes an
den Verbandsvorstand gerichtete Mahnung eindring-
lichst wiederholt werde. Der Einsender des be-
treffenden Artikels hat sicher damit bezwecken
wollen, die Prinzipalvertreter zur Mitarbeit an-
zufeuern; der Erfolg ist jedoch wieder gleich Null.
Mehr und mehr wird die Vermutung zur Gewiß-
heit, daß die Herren nie ernstlich daran gedacht
haben, die im vorigen Herbst geschaffenen Insti-
tutionen auszubauen und so zu gestalten, wie sie in
den Rahmen einer allgemeinen Tarifgemeinschaft
gehören. Wenn auch die letztere bei uns noch tief
in den Kinderschuhen steckt, so darf doch das Kind
nicht sich selbst überlassen bleiben, sondern es muß
gepflegt und erzogen werden, damit was Ordent-

liches daraus wird. Sache des Verbandstags wird
es sein, sich recht ausgiebig damit zu befassen.

Als ein probates Mittel zur Aufmunterung der
Herren wird die Verlegung des Tarifamtes nach
Berlin bezeichnet.

Gut! Zu dieser Verlegung müssen aber beide
Tarifkontrahenten ihre Zustimmung geben, und ich
wage stark zu bezweifeln, daß die Leipziger Mit-
glieder des Verbandes Deutscher Buchbindermeister,
die ja wohl das Gros ihres Verbandes bilden,
darauf eingehen werden. Aber selbst angenommen,
sie wären damit einverstanden, so befürchte ich,
daß der erwartete oder auch erzielte Effekt noch nicht so
glatt realisiert werden könnte, wie gemeinlich ver-
mietet wird. Wir sind gewiß die letzten, die den
Berliner Mitgliedern die Anerkennung für ihre
Tätigkeit und ihre Erfolge versagen, wir wissen
auch, daß sie mit ihren Prinzipalen viel leichteres
Arbeiten haben als wir, aber es bleibt zu befürchten,
daß ein Berliner Tarifamt in dem Eifer, „Ver-
bummeltes“ nachzuholen, — vorausgesetzt, daß die
Prinzipale mitmachen — in einem Tempo und in
einer Art arbeiten würde, die es uns mindestens
äußerst schwer, vielen anderen Zahlstellen aber
geradezu unmöglich machen, dem nachzukommen.

Unsere Prinzipalvertreter verschonen sich allen
gehilfenseitig eingereichten Änderungs- respektive
Zusatzanträgen zum Tarif gegenüber hinter die
Behauptung, sie hätten von ihren Mandatgebern
streikten Auftrag, über das vorige Herbst Bewilligte,
Minimalstundenlohnerrhöhung und Errichtung der
Tarifinstitutionen, mit Ausnahme der Auszergung
grober Fehler im Tarif, sich auf nichts einzulassen.
Wie sich diese Ansicht mit § 5 der Geschäftsord-
nung des Tarifamtes vereinbaren läßt, entzieht sich
unserem Verständnis. Wer aber nun glaubt, daß
sich die Herren durch Hinweis auf die Geschäfts-
ordnung oder durch die klarsten Argumente von
ihrem prinzipiell ablehnenden Standpunkt abbringen
lassen, der kennt eben die Herren nicht, und nicht
Worte, sondern Taten können hier zu gegebener
Zeit Remedur schaffen.

Nun zu dem Artikel von V. B. in B. Die
Antwort auf den ersten Absatz dürfte sich durch
das vorstehend Ausgeführte erübrigen. Im Absatz 2
spricht V. B. sein hohes Mißfallen aus, daß in
den §§ 2 und 8 der Geschäftsordnung für die Tarif-
schiedsgerichte der Buchbinder Deutschlands unsere
Gewerkschaftsbeamten nicht ausdrücklich als wähl-
bar und wahlberechtigt zu dieser Institution benannt
sind. Nun, Kollege V. B., dieser Kapus ist lediglich
ein Versehen, das uns, die wir hier in Leipzig noch
keinen Beamten haben, passieren kann. Ein Be-
amter kann seine ganze Aufmerksamkeit wohl auf
einen bestimmten Punkt konzentrieren, wir, die wir
den ganzen Tag in der Werkstube stehen, müssen
erst unmittelbar vor Beginn der in der Regel
gleich nach dem üblichen Geschäftsclaus angeetzten
Sitzung schnell unseren Hirnkasten umschalten, und
so kann es passieren, daß etwas übersehen wird,
was schon debattiert ist. V. B. darf sich beruhigen:
Die Sache ist noch korrigierbar. Wir haben bei
Beratung der Schiedsgerichts-Geschäftsordnung die
Frage behandelt und haben sich die Prinzipalver-
treter nicht ablehnend dazu verhalten; der Vor-
sitzende erklärte, daß ja gerade die Beamten der
Gewerkschaften mitten im Verufe ständen und deren
Wählbarkeit und Wahlberechtigung nichts im Wege
stände.

Jedoch will ich auch hierzu meine persönliche An-
sicht nicht verschweigen. Bei aller Hochachtung, die ich
vor den Gewerkschaftsbeamten habe, kann ich doch
keine Notwendigkeit einsehen, daß dieselben
gerade in den Tarifschiedsgerichten sitzen müssen.
Ich will gerne mit neidloser Bewunderung deren
größere Geschicklichkeit und Routine in der Interessen-
vertretung der Arbeiter anerkennen, aber ich sehe
unter Umständen praktisch tätige Kollegen lieber
auf diesem Posten, als Beamte, die rhetorische
Routine und die Unabhängigkeit vom Unternehmer
geben mir noch keine unbedingte Gewähr für die
Richtigkeit eines gefällten Urteils.

Der von V. B. angezogene Fall Bleistein erfordert
ein näheres Eingehen. Vor allen Dingen hat das
Tarifamt, wie ja schon der Name besagt, unserer
unmaßgeblichen Meinung nach die Pflicht, allen
seinen Beratungen und zu fassenden Beschlüssen
den 1900 geschaffenen (Leipziger) Tarif zugrunde
zu legen. Haben die Berliner nun in ihrem Vor-

richtertarif eine Abmachung getroffen, die zu ihren Gunsten vom allgemeinen Tarif abweicht, so können wir ihnen hierzu von Herzen gratulieren, aber eine Entscheidung auf Grund dieses Sondertarifs kann das Tarifamt nicht herbeiführen. Das Vermittlungsgesuch des Personals einer größeren süddeutschen Firma mußte zurückgewiesen werden, weil sich die gestellten Forderungen unter dem festgesetzten Minimum bewegen, und was hier recht ist, muß dort billig sein. Die Sache Heister liegt für uns so. Herr Heister wandte sich nach der für ihn ungünstigen Berliner Schiedsgerichtssitzung an das Tarifamt. Das Urteil des Berliner Schiedsgerichts konnte aber durch das Tarifamt gar nicht umgefloßen werden, weil in § 3 des Tätigkeitsentwurfes des Tarifamtes ausdrücklich steht, daß das Tarifamt nach unentschiedenen Schiedsgerichten zu entscheiden hat. Herrn Hl. wurde, nachdem er seine Sache persönlich vorgetragen hatte, unsererseits bedeutet, daß das Urteil des Berliner Schiedsgerichts korrekt und nach unserer Ansicht das Tarifamt nicht kompetent sei, hieran etwas zu ändern. Herr Hl. gab dann seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß das Tarifamt doch wohl auch dazu da sei, im Tarif enthaltene und als solche anerkannte Härten zu beseitigen. Dem konnten wir uns nicht verschließen, und es wurde hierauf folgendes festgelegt als Zusatz zur Position „Bogenberechnung“ im Vorwort des Tarifs: „Bei Verarbeitung von Broschüren oder Katalogen, zu denen besonders schwaches Papier verwendet wird, wie zum Beispiel Storms Kurzbuch, Reichskurzbuch usw., ist für die Arbeiten vom Heften ab ein Zuschlag von 25 Prozent auf den Bogen desselben Formats gewöhnlichen Papiers zu zahlen.“ Daß dies rückwirkend auf den Fall Hl. sein sollte, hat von uns gewiß keiner geglaubt, und daß durch diesen Beschluß die Kollegen künftig geschädigt sein könnten, befreiten wir, und glauben Beweise für unsere Behauptung beibringen zu können. Ist denn dem Schiedsgericht Berlin ein amtlicher Auftrag zur Inhabierung des Urteils in Sache Hl. zugegangen? Und haben die Berliner Schiedsrichter den in Frage kommenden Passus im Tarif nicht als eine Härte bezeichnet, deren Beseitigung wünschenswert wäre? Herr Hl. hat dies wenigstens behauptet! Der Vorwurf, daß kein Kläger oder Berliner Arbeitnehmer in der Sache gehört worden sei, ist ungerechtfertigt. Herr Hl. hat seinem Auspruch nach in der Schiedsgerichtssitzung seine Absicht geäußert, sich an das Tarifamt zu wenden. Konnten da die Gehilfenvertreter nicht von dort über die Angelegenheit unterrichtet werden? Wie wir es machen sollen, wenn wir zum Beispiel heute abend eine Einladung zu einer Sitzung für morgen abend erhalten, um uns noch rechtzeitig Aufklärung über einen Berliner Streitfall zu verschaffen, kann uns vielleicht V. B. gelegentlich verraten. Wenn V. B. findet, daß hier der Weg gezeigt ist, auf dem es möglich werden dürfte, den Berliner Vorrichtertarif wieder zu beseitigen, so läßt sich allerdings diese Möglichkeit schwerlich bestreiten, V. B. dürfte aber durch die nicht ganz den Tatsachen entsprechende Publizierung in der Zeitung wesentlich dazu beigetragen haben, wenn diese Möglichkeit etwa zur Wahrscheinlichkeit oder gar zur Gewißheit werden sollte.

Wie in anderen Berufen, zum Beispiel bei den Buchdruckern, das Tarifamt schon Entscheidungen gefällt haben wird, die nicht immer nach den Wünschen der Arbeiter ausfielen, ebenso kann von unseren Tarifamtsvertretern nicht verlangt werden, daß allen Forderungen unserer Kollegen volle Geltung verschafft werde. Möge jeder Einzelne dafür Sorge tragen, daß der bestehende Tarif eingehalten und bezahlt wird, das ist jedenfalls vernünftiger, als darüber hinaus Forderungen aufzustellen.

Laßt uns darum alle arbeiten, agitieren und organisieren. Die Bereitwilligkeit der Prinzipale, auf unsere Wünsche einzugehen und mit uns im Sinne des Punkt 1 der Tätigkeit des Tarifamtes zu arbeiten, wächst mit der Mitgliederzahl unseres Verbandes, so las ich kürzlich in der „Buchb.-Ztg.“, und diesem Anspruch kann ich mich nur voll anschließen. Wenn alle Berufsangehörigen der Organisation zugeführt sind, wird jede derartige Whilippika in Zukunft überflüssig sein.

Anton Bibel,
Gehilfenvertreter im Tarifamt.

Vom Tarif und vom Tarifamt.

Zu dem Artikel des Kollegen E. K.: „Unsere Tarifbewegung wie sie ist und wie sie sein sollte“, sei mir gestattet einige wenige Ausführungen zu machen, da ich an sich eine Richtigstellung zu machen habe.

Mit E. K. bin ich insoweit einer Meinung, daß auch mir die Verwirklichung des Tarifs zu langsam vor sich geht, nur meine ich, E. K. wäre zu ganz anderen Schlüssen gekommen, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, selbst mit im Kampfe zu stehen. Der Verbandstag hat wohl weitgehende Beschlüsse gefaßt, jedoch durch Verhältnisse gehemmt, konnten weder der Verbandsvorstand noch die Tarifkommission Leipzigs als Zentrale, noch die Delegierten des Verbandstags den sich auferlegten Verpflichtungen nachkommen.

Die Tarifbewegung setzte im September 1900 bekanntlich gleich mit der Aussperrung ein, nach beendeten vierzehntägigen Ausstand kamen dann, bis zum November, die Tarifberatungen. Am Schlusse des Jahres hagelten die Maßregelungen nur so. Dann kam der Kampf um die Schiedsgerichtsordnung von Januar bis 28. März 1901. Als diese unter Dach und Fach, fanden die Herren Prinzipale keinen Vorwand; dieser Zustand dauerte bis Oktober 1901. In dieser Zeit beschäftigten uns dann die von den Prinzipalen zur Einführung vorgelegten Geschäftsordnungen für die Buchbindereien, wobei wiederum Zeit verloren ging. Es mußte ferner zu den Sonderabmachungen Stellung genommen werden, sowie zu der Schnellpressen- und Lehrlingsfrage. Dies alles mußte erledigt werden unter den schwierigsten Verhältnissen.

Unter solchen Verhältnissen war es allen arbeitsfreundigen Kollegen und den oben genannten Funktionären des Verbandes nicht möglich, das einzulösen, was man sich gelobt. Gestehe ich es uns offen ein: die Vorbedingung für ein Vorgehen in der Provinz war nicht gegeben, weil uns seitens unserer Prinzipale der Kleinriegel aufgedrängt wurde. Als letzteren das Unpassende ihrer Handlungsweise doch zu oft vor Augen gehalten wurde, bemerkte man 1902 bei ihnen eine kleine Wandlung zum Besseren. Und von diesem Zeitpunkt ist nach meiner Ansicht nichts verkümmert und unversucht gelassen worden, um für die Provinz das Möglichste zu erreichen. Und waren unsere vielerorts entstandenen Lohnbewegungen auch nicht immer korrekte Tarifbewegungen, so ist doch nicht zu verkennen, daß diese einen mächtigen Schritt vorwärts bedeuteten in der allgemeinen Besserung der Arbeitsverhältnisse unseres Berufs. Und die Orte, die sich einer Bewegung gegenüber ablehnend verhielten, auf diese wage ich keinen Stein zu werfen, ich nehme an, daß die dortigen örtlichen Funktionäre aus ihrer innerster Überzeugung zu diesem Standpunkt kamen.

Eine Richtigstellung muß ich notwendigerweise machen. E. K. bemerkt, die Tarifkommission hätte 1896 an die Prinzipale den Antrag gestellt, durch Eingabe an die Behörden dahin zu wirken, daß bei Vergütung von Arbeitertariftreue Firmen berücksichtigt werden müssen, sie hätte aber zu damaliger Zeit keine Antwort erhalten, „und Hoff und Heiter sah man niemals wieder“. Das stimmt nicht. Erneut wurde der Antrag an die Prinzipale am 15. Juni 1901 gestellt, worauf am 28. Juni ein Schreiben an uns einlief, worin es unter anderem hieß:

„Der von Ihnen gewünschte Schritt bei den Behörden, betreffend Vergütung der Buchbinderarbeiten, hält der unterzeichnete Vorstand für recht unnötig angesichts der Bedeutungslosigkeit der in Betracht kommenden Aufträge.“

Auf dieses hin hat die damalige Tarifkommission in einer späteren Sitzung nochmals versucht, die Prinzipale dazu zu veranlassen, erzielte dabei aber kein anderes Resultat wie oben verzeichnet. Für Leipzig scheidet diese Frage insofern aus, als die Großbuchbinderbesitzer des Prinzipalverbandes sich anscheinend um diese Arbeiten gar nicht reisen.

Zu dem Artikel V. B. in B. in Nr. 21 „Unser Tarifamt“ und zu der sehr treffenden Bemerkung im Leitartikel in Nr. 21 gestatte ich mir Folgendes auszuführen. Daß eine Neueinrichtung, wie unser Tarifamt, nicht gleich so funktioniert, wie es allgemein wünschenswert, ist schließlich jedem klar,

ausgenommen davon ist natürlich zum Beispiel das Nichtlagen wegen Nichterscheinens einiger Prinzipalvertreter, da muß eben unter allen Umständen dahin gewirkt werden, daß Ersatz dafür vorhanden ist.

Wiel mehr Gewicht lege ich aber auf Entscheidungen des Tarifamtes, wenn sie mit dem Prinzip unserer Tarifvereinbarungen nicht in Einklang zu bringen sind; solches zu vermeiden soll für die Zukunft unsere Aufgabe sein. Die rechtliche Seite bei dem zur Sprache gebrachten Fall liegt doch so: Das Berliner Schiedsgericht hatte auf Grund des Tarifs ganz richtig geurteilt und den Prinzipal, Herrn Heister, zur Zahlung, den Bogen zu 16 Seiten gerechnet, verurteilt. Das Tarifamt entscheidet, da 32 Seiten in einem Bogen zusammengefaßt sind, werden diese 32 Seiten als ein Bogen berechnet mit 25 Prozent Aufschlag. Der Berliner Vorrichtertarif besagt aber klipp und klar: „Bei den Formaten 2 bis 11 umfaßt der zu berechnende Bogen 16 Seiten“. Ferner steht in unserem allgemeinen Tarif diese Bestimmung auch auf die Formate 1 und 12 bis 14 ausgebeht. Und das für uns maßgebend. Deshalb ist dieser Entscheid tatsächlich ein prinzipieller Mißgriff, den unsere Vertreter hätten vermeiden sollen, schon auf Grund der Bestimmungen über das Tarifamt, die in dem Aufruf unserer Tarifamtsvertreter (Nr. 47, 1903) enthalten sind. Im dritten Absatz, die Tätigkeit des Tarifamtes betreffend, heißt es ausdrücklich, daß das Tarifamt „bei unentschiedenen Schiedsgerichtsurteilen“ zu entscheiden hat. Also hätte das Tarifamt die Berufung Heisters auf Grund des ergangenen einstimmig gefaßten Berliner Schiedsgerichtsurteils einfach abweisen müssen, weil der Fall tatsächlich entschieden war. Es ist für die Zukunft seitens der Gehilfenvertreter auch darauf zu achten. Es kann nicht angehen, daß jeder beliebige Kollege oder Prinzipal an das Tarifamt gehen kann, um Abänderungen im Tarif zu treffen, das muß den Tarifkontrahenten und deren Vertreter überlassen bleiben, grundlegende oder prinzipielle Änderungen im Tarif zu beantragen. Da muß beiden Parteien die Möglichkeit der vorherigen Prüfung und Diskussion solcher Änderungen zugestanden werden. Das ist in diesem Falle nicht geschehen, sondern man ging auf die Berufung eines einzelnen Prinzipals ein und faßte ein Urteil, obwohl nach klarer Einsicht in die Materie das Tarifamt gar nicht kompetent war, weder über den Fall selbst ein Urteil zu sprechen, noch dadurch eine Änderung des Tarifs herbeizuführen. In diesem Falle handelt es sich nicht allein um die Durchlöcherung des Berliner Vorrichtertarifs, sondern, da sich eine viel weitgehendere Bestimmung im Vorwort des Tarifs überhaupt vorfindet, um eine Verschlechterung unseres allgemeinen Tarifs. Träfe das erstere nur zu, so brauchten sich die Berliner Kollegen nicht an das Urteil zu binden, da aber das letztere leider der Fall ist, müssen wir uns fügen, da wir das Urteil des Tarifamtes als das von höchster Instanz gesprochene nicht anfechten können.

Mögen diese Zeilen unsere Kollegen im Tarifamt von der Tragweite und Bedeutung ihrer Beschlüsse als Vertreter im Tarifamt überzeugen, so werden für die Folge ähnliche Vorkommnisse nicht wiederkehren.

E. Pf. in L.

Zum Oesterreichischen Verbandstag.

Entgegnung.

Der am 26. und 27. März in Wien abgehaltene Verbandstag der Buchbinder usw. Oesterreichs hielt es für angezeigt, eine gefarnischte Resolution gegen den Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes anzunehmen und Herr Grünwald-Wien, der die Resolution (siehe „Buchb.-Ztg.“ S. 114) begründete, konnte es sich nicht versagen, eine Reihe von Anklagen gegen den Deutschen Verbandsvorstand zu erheben, die, wie wir bereits in einer Erklärung (siehe „Buchb.-Ztg.“ S. 127) ausgeführt haben, teils vollständig unwahr sind, teils von falschen Voraussetzungen ausgehen. Da uns nun das Protokoll vom besagten Verbandstag, auszugsweise abgedruckt in der „Einigkeit“, vorliegt, sehen wir uns veranlaßt, die erhobenen Anschuldigungen ins rich-

Kollegen, unterstützt die ausgesperrten dänischen Berufsgenossen!

tige Licht zu stellen. Wir wollen dabei jedoch von vornherein bemerken, daß der Bericht in der „Buchb.-Ztg.“ S. 114 u. f. nicht mit dem Protokoll in allen Teilen betreffs der erhobenen Vorwürfe übereinstimmt. Da aber wohl der betreffende Berichtsfasser das geschrieben hat, was er auf dem Verbandstag hörte, werden wir uns in der Entgegnung nicht strifte ans Protokoll halten.

Warum wir den Verbandstag nicht durch einen Delegierten besichtigt haben, um das Gegenseitigkeitsverhältnis neu zu regeln, hat in folgendem seinen Grund. Schon seit etlichen Jahren ist man sowohl im Verbandsvorstand als auch in den übrigen Kreisen der Kollegen zu der begründeten Annahme gelangt, daß im Sommer 1904 ein Verbandstag notwendig sein werde, und daß auf demselben die Frage der Erweiterung der Unterstützungsanordnungen, insbesondere die der Arbeitslosenunterstützung, eine Regelung erfahren müsse. Man war sich aber auch im Vorstand des weiteren darüber klar, daß, wenn die Erweiterung der Unterstützungsanordnungen perfekt werden sollte, auf dem zu erwartenden Verbandstag es nicht angängig wäre, die ganzen Neuerungen, insbesondere auch in bezug auf Arbeitslosenunterstützung, ohne weiteres mit in den Gegenseitigkeitsvertrag aufzunehmen. Ehe also von Seiten unseres Verbandes an eine Neuregelung der Gegenseitigkeitsverträge gegangen werden kann, muß die Situation im Verband selbst eine vollkommen klare sein. Das war sie aber am 21. Januar 1904, als dem Verbandsvorstand die Einladung zur Besichtigung des Verbandstags zuging, noch nicht, ebenso war sie es noch nicht, als am 26. und 27. März der Verbandstag stattfand. Der Vertreter des Verbandsvorstandes hätte also gerade in der für den Österreichischen Verband anscheinend wichtigsten Frage eine vollkommen passive Haltung einnehmen müssen. Der Zweck, warum vom Vorstand des Österreichischen Verbandes ein Vertreter unseres Verbandes gewünscht wurde, wäre also nicht erfüllt worden. Es wurde deshalb von einer Besichtigung des Verbandstags unsererseits abgesehen. Inheim wurde aber dem Vorstand des Österreichischen Verbandes gegeben, er möge die Wünsche bezüglich der Änderung des Gegenseitigkeitsvertrags uns unterbreiten, was er aber bis zur Stunde zu tun unterlassen hat.

In der Frage der Abhaltung eines internationalen Kongresses der Buchbinderverbände hat sich der Vorstand des Deutschen Verbandes noch nie vollkommen ablehnend verhalten, wie ihm von Herrn Grünwald zum Vorwurf gemacht wurde. Als uns im Mai vorigen Jahres diese Frage zur Beschlusfassung vom Vorstand des Österreichischen Verbandes unterbreitet wurde, haben wir wohl unsere Bedenken gegen die praktischen Erfolge eines solchen Kongresses geäußert, es dem Österreichischen Verband aber überlassen, die nötigen Vorarbeiten für einen solchen Kongreß zu machen und das Stattfinden desselben in die Wege zu leiten. Bis heute, nach einem vollen Jahre, sind weitere Mitteilungen uns in dieser Angelegenheit weder vom Österreichischen Verband, noch von einer anderen ausländischen Organisation gemacht worden. Die Anschuldigungen nach dieser Seite hin sind daher sehr deplaziert und anscheinend nur dazu angetan, um die eigenen Mißerfolge zu verhüllen.

Mit dem Verein der Lederarbeiter in Wien hatten wir einen Gegenseitigkeitsvertrag nicht abgeschlossen, auch wurde der Abschluß eines solchen nicht nachgesucht. Es ist deshalb unverständlich, wie auf dem Verbandstag von einer Sistierung der Unterstützung an diesen Verein gesprochen werden konnte. Wenn der Österreichische Buchbinderverband mit diesem Verein ein Gegenseitigkeitsverhältnis eingegangen hat, so ist doch diese Abmachung für den Deutschen Verband vollkommen unverbindlich, verpflichtet unsere Organisation also nicht zur Zahlung der Unterstützung. Wenn die Auszahlung von Unterstützung in einzelnen Fällen früher erfolgte, so nur deshalb, weil die betreffenden Reisenden im Besitz der roten Reiselegitimation waren und man in Deutschland annahm, daß die betreffenden Kollegen Mitglieder des Österreichischen Buchbinderverbandes gewesen seien.

Erst bei der Aussperrung der Wiener Lederarbeiter stellte es sich heraus, daß der Vorstand des Österreichischen Verbandes auch an die Angehörigen des Lederarbeiterverbandes Auslandslegitimationen verabsolgte, was uns natürlicherweise zu entsprechendem Einspruch veranlaßte; das damals an uns gestellte Ersuchen, die Unterstützung an die Lederarbeiter trotzdem zur Auszahlung bringen zu lassen und die gezahlten Beträge vom Österreichischen Verband zurückzahlen zu lassen, mußten wir, weil praktisch und undurchführbar, ablehnen. Von einer gegenseitigen Verrechnung der gezahlten Unterstützungen auf internationaler Grundlage war seit Jahren nicht mehr die Rede. Diesbezügliche Vorschläge des Österreichischen Verbandes konnten wir daher auch nicht abschlägig beschieden haben, weil uns solche nie vorgelegen haben.

Ein großer Vorwurf wird uns weiter daraus gemacht, daß wir an die Mitglieder des Österreichischen Verbandes nur noch Reiseunterstützung zahlen und das Verhältnis mit dem Ungarischen Verband, das heißt mit dem Verein in Budapest, aufgelöst haben. Welche Gründe den Vorstand dazu veranlaßt haben, wurde bereits in einem längeren Artikel in Nr. 14 (1903) der „Buchb.-Ztg.“ dargestellt. Auch die Unterstellungen, daß wir uns gewissermaßen einer Überumpelung des Österreichischen und Ungarischen Verbandes hätten zuschulden kommen lassen, wurden auf das richtige Maß zurückgeführt. Wenn nun auch jetzt noch die damals angeführten Argumente vom Österreichischen Verbandsvorstand und Verbandstag nicht als stichhaltig angesehen werden, so ist das menschlich begreiflich, zumal man sich in der Beurteilung der Lösung des Verhältnisses mit Ungarn von dem Grundsatz leiten läßt: „D heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!“

Unter großem Aufwand von Zahlenmaterial tat der Referent auf dem Verbandstag dar, daß eigentlich der Deutsche Verband viel weniger für die Mitglieder des Österreichischen Verbandes an Unterstützung zahle, als wie es von Seiten ihres Verbandes an unsere Mitglieder der Fall sei. Daß man aus Zahlen sehr viel machen kann, ist damit erwiesen. Nur schade, daß durch die Behauptung, der Österreichische Verband leiste für die deutschen Mitglieder mehr, als wie es umgekehrt der Fall ist, eine Aburteilung mit dem Zahlenmaterial selbst herbeigeführt wird.

Wenn vom Vertreter des Ungarischen Verbandes gesagt wurde, nicht nur in Budapest, sondern in vielen anderen Orten Ungarns könnten bei Bestehen eines Gegenseitigkeitsverhältnisses die deutschen Mitglieder Unterstützung erheben, so war das für uns neu. Bis zur Lösung des Verhältnisses war einzig und allein nur Budapest als diejenige Stadt im Adressenverzeichnis bezeichnet, in welcher Unterstützung zur Auszahlung kam.

Eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist es, wenn dem Vorstand des Deutschen Verbandes entgegengehalten wird, er habe seinerzeit das gegebene Darlehen schon nach 3 Monaten wieder zurückgefordert und der Österreichische Verband habe dem sofort in vollem Umfange entsprochen. Zur Widerlegung dieser Unwahrheit wollen wir kurz folgende Tatsachen anführen: Am 29. September 1898 schrieb uns der Sekretär Krieff des Österreichischen Verbandes, daß ihre Organisation infolge des ausgebrochenen Streiks sehr notwendig Geld gebrauche, wir möchten sie unterstützen. Unser Vorstand beschloß, 1000 Mk. aus der Verbandskasse abzuführen und eine Sammlung für die Streikenden einzuleiten. Unterm 15. Oktober 1898 wurden wir um Gewährung weiterer Mittel in Höhe von 3000 Mk. entweder als Geschenk oder als Darlehen ersucht. Der Vorstand entsprach diesem Gesuch und sandte 3000 Mk. als Darlehen ab. Weiter wurden im Laufe der folgenden Wochen 1800 Mk. aus den gesammelten Geldern nach Wien abgeführt.

Mit Anfang November war der Streik mit günstigem Abschluß zu Ende geführt. Am 19. Dezember 1898 schrieb der Sekretär Krieff, daß mit gleicher Post 1000 Mk., von dem Darlehen zurück, an uns abgehen werden. Diese 1000 Mk. kamen

aber nicht. Dagegen schrieb Herr Krieff unterm 28. Dezember 1898, daß die angekündigten 1000 Mk. erst „heute“ abgesandt werden. Am 31. Dezember waren diese zum zweiten Mal angekündigten 1000 Mk. noch nicht in unserem Besitz und frugen wir daher unter gleichem Datum bei Herrn Krieff an, ob die 1000 Mk. abgesandt worden seien. Unterm 3. Januar 1899 sandte uns Herr Führer diese 1000 Mk. als erste Rate ein. Bereits am 18. November 1898 hatte der Verbandsvorstand in seiner Sitzung beschlossen, daß von dem Darlehen 1000 Mk. nachgelassen werden sollen und wurde, da wir eine formelle Quittung über das Darlehen von 3000 Mk. uns vom Vorstand des Österreichischen Verbandes nicht sofort ausgestellt wurde, was wir übrigens auch nicht verlangten, unterm 20. Januar 1899 ein Schuldschein von uns auf 1000 Mk. lautend dem Vorstand des Österreichischen Verbandes zur Unterzeichnung vorgelegt. In dem Schlußpaßus desselben war gesagt: „Sie (die drei Vorstandsmitglieder) verpflichten sich, daß von Seiten des Verbandes obiger Betrag (1000 Mk.), sobald es die finanziellen Verhältnisse gestatten, zurückgezahlt wird.“ Unterm 22. Februar 1899 wurde der von drei Vorstandsmitgliedern unterschriebene Schuldschein uns retour gegeben unter dem Ausdruck großer Dankbarkeit für das erwiesene Entgegenkommen. Am 24. Februar 1900, gelegentlich einer anderen Mitteilung an den Vorstand des Österreichischen Verbandes, wurde demselben gegenüber bemerkt: „Da bei unserem Verbandstag wegen dem an den Österreichischen Verband gegebenen Darlehen Bericht gegeben werden muß, fragen wir bei Ihnen an, ob Sie schon einen Termin für Zurückzahlung der 1000 Mk. vorgesehen haben; wir müssen etwas Bestimmtes mitteilen können.“ Diese Mitteilung, welche Form und Inhalt nach wohl als eine Mahnung aufgefaßt werden konnte, eine solche aber nicht sein sollte, erfolgte, wie die angeführten Daten zeigen, 1 Jahr und 3 Monate nach Weggabe des Darlehens. Unterm 26. Februar 1900 sandte Herr Führer diese restlichen 1000 Mk. ein, wir gaben entsprechende Quittung und den Schuldschein, da alle finanziellen Verbindlichkeiten damit erledigt waren, unterm 9. März 1900 retour.

Dieses der authentische Sachverhalt in der Darlehensangelegenheit.

Wie Herr Grünwald aus diesen 15 Monaten einige Monate, nach dem Bericht in der „Buchb.-Ztg.“ 3 Monate machen kann, ist für denjenigen Leser verständlich, der auch das übrige Material und die Ziffern in seiner Ausführung objektiv betrachtet. Man wird dabei auch ermessen können, was es mit dem uns zum Vorwurf gemachten Mangel an „Kollegialität“ und „Solidarität“ für eine Bewandnis hat.

Der Verbandsvorstand.

A. Dietrich. E. Hauelsen.

Internationales.

Die Aussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 28. Mai. Der Kampf, den die Buchbindermeister Dänemarks unseren Kollegen aufgezwungen haben, dauert noch immer unverändert fort. Der Zeitpunkt, den die Arbeitgeber für die Aussperrung wählten, war für sie sehr günstig. Es ist jetzt sehr wenig Arbeit vorhanden, so daß sie den Mangel an tüchtigen Arbeitskräften nicht schwer empfinden. Wer aber glaubt, daß aus diesen Gründen unsere Kollegen und Kolleginnen zu Kreuze kriechen werden und den Kampf aufgeben, der irrt sich. Die Aussperrten und Streikenden stehen, wie das bei den dänischen Arbeitern auch in den am längsten dauernden gewerkschaftlichen Kämpfen Brauch und Sitte ist, fest wie am ersten Tage der Aussperrung. Von den Organisierten ist trotz der langen Dauer des Kampfes nicht ein einziger untreu geworden. Es sind zwar gegen 30 Streikbrecher vorhanden, wobei es sich um solche unorganisierte Personen handelt, die in den Kartonwerkstätten der an der Aussperrung beteiligten Buchbindermeister stehen geblieben sind, als unsere Kollegen dort die Arbeit niederlegten. Die eigentlichen Kartonfabriken

sind vom Konflikt unberührt. Einige Buchbindermeister haben jedoch neben ihrer Buchbinderei eine Kartonwerkstatt und sie meinen nun, sie könnten ihre Buchbindereiarbeiter aussperren, die der Kartonwerkstatt aber ruhig weiter arbeiten lassen. Hier legten auf Beschluß ihrer Organisation die nicht ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen die Arbeit nieder. Die Zahl der ausgesperrten und streikenden Arbeiter beträgt 343, die der Arbeiterinnen 193, also zusammen 536; hierzu kommen noch 33 männliche und 9 weibliche Arbeitslose. Der Dänische Buchbinderverband hat 746 Mitglieder, Arbeit haben davon nur 93 männliche und 75 weibliche, und zwar in solchen Geschäften, die nicht an der Aussperrung beteiligt sind.

In der vorigen Woche hat der Oberbibliothekar Lauge von der Großen Königlichen Bibliothek hier in Kopenhagen einen Vermittlungsversuch unternommen, indem er die Buchbinderinnung sowie den Fachverein unter der Bedingung zu Verhandlungen einlud, daß die Vertreter beider Parteien zu endgültigem Abschluß eines Tarifvertrags ermächtigt wurden. Die Generalversammlung des Fachvereins nahm dieses Angebot ohne weiteres an; die Innung stellte jedoch die Bedingung, daß der Fachverein erst um eine Verhandlung ersuchen sollte, daß ferner die Verhandlung nur mit dem Vorstand des Fachvereins, nicht mit einem gewählten Ausschuss stattfinden, und daß gleichzeitig mit dem Zentralverein der Provinzbuchbindermeister verhandelt werden sollte. Auf diese Bedingungen, besonders darauf, daß man erst demütigt um Verhandlungen betteln sollte, konnten unsere Kollegen selbstverständlich nicht eingehen. Es ist ja auch höchst überflüssig und unpassend, daß wenn ein Mann in angefeindeter Stellung und vertraut mit den Verhältnissen im Gewerbe, wie der Oberbibliothekar, seine Vermittlung anbietet, die eine Partei von der anderen verlangt, sie solle nicht nur die Vermittlung annehmen, sondern auch noch bitten gehen. Wenn die Arbeitgeber nicht zu dieser Einsicht kommen und nun nachträglich einen anderen Entschluß fassen, wird sich der Kampf wohl den ganzen Sommer über hinziehen. — Die Unterstützung der Aussperrten und Streikenden wird teilweise durch eine Extrasteuer gedeckt, die durch den Verband der dänischen Gewerkschaften erhoben wird, so daß also alle Berufe dazu beitragen. Die in dieser Weise aufgebrachtene Summe ist jedoch nicht ausreichend, zumal da ungefähr ein Drittel der ca. 60 000 dem Gesamtverband angeschlossenen Arbeiter arbeitslos sind, also keine Extrabeiträge zahlen können. Hier muß das internationale Solidaritätsgefühl dafür sorgen, daß das Fehlende zusammenkommt, und wenn die Kollegen in so großen Ländern wie Deutschland auch nur einigermaßen dieser Pflicht genügen, dann wird für die wenigen hundert Aussperrten und Streikenden mehr als genügend zusammengebracht werden.

Korrespondenzen.

München. In unserer Versammlung am 28. Mai wurden vorerst die Vorschläge für die Delegiertenwahl zum Verbandstag entgegengenommen. Hierauf wurde in die Beratung der Anträge eingetreten. Binner besprach diese als Berichterstatter des Vorstandes, der über die ihm am wichtigsten erscheinenden Anträge beraten hatte. Bei Antrag 2, 6, 19, 22 wurde beschlossen, die betreffenden Paragraphen in alter Fassung zu belassen. Ein allgemeines Gemurmel wurde bei Erwähnung des Antrags 7, Absatz 2, daß für verlorene Mitgliedsbücher 1 Mk. zu bezahlen ist, laut, und beschlossen, Absatz 1 anzunehmen, Absatz 2 in alter Fassung zu belassen. Die anregendste Diskussion entstand bei der Beitragsfrage. Ein Redner meinte, daß es wohl am gerechtesten wäre, wenn die Tarifstädte 60 Pf., die Provinzstädte 40 Pf. Beitrag bezahlen würden, jedoch gleiche Unterstützungsfähigkeit für beide in Geltung kämen. Die Ansicht sämtlicher anderen Redner ging dahin, daß man sich entschieden gegen Staffelbeiträge wenden müsse. Schließlich wurde der Antrag des Verbandsvorstandes einstimmig angenommen. Der Antrag 17, der besagt, daß nicht eingelebte Beitragsmarken als nicht bezahlte Beiträge gelten, wurde angenommen. Als ein Ding der Unmöglichkeit wurde der Antrag 22 des Verbandsvor-

standes bezeichnet; man könne nicht verlangen, daß vom Militär oder aus dem Ausland zurückgekehrte Mitglieder sich sofort wieder anmelden müssen, es müsse unbedingt eine Frist von 14 Tagen festgesetzt werden. Die Anträge 24 und 26 wurden ebenfalls angenommen. Der Antrag 32, statt Arbeitslosen-„Erwerbslosenunterstützung“ zu setzen, fand geteilte Ansichten; es wurde beschlossen, den Delegierten freie Hand zu lassen, wie überhaupt betont wurde, daß den Delegierten kein gebundenes Mandat mitgegeben werden soll, da es speziell beim Unterstützungswesen sich jetzt noch gar nicht absehen läßt, welche Anträge Aussicht auf Annahme haben. Die Zahlstelle München sprach sich bei der Unterstützung für männliche Mitglieder für den Antrag Krefeld aus. Sie ließ sich dabei von dem Grundgedanken leiten, daß in den anderen Anträgen für die älteren Mitglieder die Tages- und Gesamtunterstützung zu niedrig bemessen sei. Der Antrag 40 wurde ebenfalls angenommen mit der Motivierung, daß junge Kollegen, welche nach 13wöchiger Mitgliedschaft Reiseunterstützung beziehen können, für den Verband eine agitatorische Wirkung ausüben werden. Bei der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung für Kolleginnen versteht sich wohl von selbst, daß wir auf dem Münchener Antrag 53 stehen bleiben, ebenso auf Antrag 61, daß die Unterstützung mit dem ersten Tage beginnt. Von sämtlichen zu § 20 gestellten Anträgen hielten wir den Antrag 67 des Verbandsvorstandes für am besten, und wurde derselbe angenommen. Sehr warm befürwortet wurde der Antrag 79, welcher bezweckt, den Ärmsten der Armen eine vorübergehende Unterstützung zu gewähren. Der Antrag wird gewissermaßen als Übergangsstadium zur Invalidenrente angesehen, es wurde lebhaft der Wunsch ausgesprochen, daß der Antrag beim Verbandstag eine günstige Beurteilung erfahren möge. Der Münchener Antrag 86 betreffend Gemäßregeltenunterstützung wird befürwortet.

Hier wurde die Beratung der Anträge abgebrochen, da die Zeit schon sehr weit vorgerückt war, es waren zwar vorher schon zwei Anträge auf Vertagung eingegangen, welche jedoch abgelehnt wurden, weil wir sonst nicht fertig werden, da die nachfolgenden Anträge einer lebhaften Aussprache sicher sind und auch bedürfen. Dem Vorstand wurde es überlassen, ob er für nächsten Samstag eine Versammlung einberufen will. Der Vorsitzende teilte darauf gleich mit, daß an diesem Tage Versammlung stattfindet. Es werden deshalb die Mitglieder ersucht, am 4. Juni viel zahlreicher zu erscheinen als diesmal; speziell die Kolleginnen, über deren neue Unterstützungen beraten werden soll, haben ein Interesse daran, die Versammlung zu besuchen. Mitgeteilt wurde noch, daß am 19. Juni in Lochhausen unser Waldfest stattfindet. Ferner wurde ein Beschluß des Vorstandes verlesen, daß Beschwerden gegen Kollegen schriftlich diesem zu unterbreiten sind, derselbe entscheidet darüber, ob die Beschwerde begründet ist; im bejahenden Falle werden beide Parteien vorgeladen, in verneinenden Falle bleibt es dem Mitglied frei, Berufung an die Versammlung zu ergreifen. Entstanden ist dieser Antrag dadurch, daß in letzter Zeit so viele Beschwerden, teils rein persönlicher Natur, zu erledigen waren, daß der Vorstand für andere Gegenstände bald keine Zeit zur Beratung übrig hatte. Der Antrag wurde von der Versammlung angenommen.

Den arbeitslosen Kolleginnen diene zur Kenntnis, daß, wenn sie gewillt sind in Buchdruckereien zu arbeiten, ihnen laut Vereinbarung mit dem Buchdruckereihilfsarbeiterverband der Arbeitsnachweis desselben freistellt. Derselbe befindet sich Rotmundstraße 8/0, bei Frau Burkhart.

Kaufbeuren. Unsere am 9. April stattgefundene Monatsversammlung konnte sich eines vollzähligen Besuchs erfreuen; auch wohnten derselben 2 Kollegen als Gäste bei, die sich am Schlusse der Versammlung dem Verbandsvorstande anschlossen. Zur Stellung von Anträgen zum Verbandstag wurde abgesehen; Dillsner stellte jedoch im Laufe der Debatte den Antrag, die Zahlstelle möge den Verbandstag ersuchen, Staffelbeiträge einzuführen. Die Diskussion hierüber war eine sehr reger, jedoch bei der Abstimmung fand der Antrag keinen Anklang. Zu der Beitragsfrage wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, sobald der Verbandstag für Erhöhung

der Beiträge stimmt, auch den jetzigen Beitrag bestehen zu lassen im Interesse der kleineren Zahlstellen, denen sonst die Agitation lahm gelegt, eventuell ihre Existenz in Frage gestellt würde. Zur Frage der Unterstützung der weiblichen Mitglieder wurden keine größeren Ausführungen gemacht, es war kein besonderes Interesse dafür vorhanden, weil wir keine weiblichen Mitglieder haben. Für Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung sprach man sich allgemein aus. Des weiteren wurde vom Vorsitzenden Wegst die Frage angeschnitten, betreffs Anstellung besoldeter Gauvorstände. Aus der darüber entstandenen Debatte, an der sich Fohs, Dittmaier und Storr beteiligten, ist zu entnehmen, daß sich dieselben von einer derartigen Einführung keinen großen Erfolg versprechen. Wegst führt jedoch aus, daß die probeweise Einführung solcher nur zu begrüßen wäre, und wir dieselben nach gemachten Erfahrungen definitiv anstellen könnten.

Stuttgart. Der bevorstehende Verbandstag erheischt in unserer Zahlstelle zwei Versammlungen — am 14. und 28. Mai — zwecks Stellungnahme zu den bereits publizierten Anträgen. Die große Anzahl und die Verschiedenheit derselben zeitigte sehr rege und interessante Debatten, deren Mittelpunkt die Behandlung der Unterstützungsanträge bildeten. Einleitend wurde von K. Frey und Decker auf die mangelhafte Ueberblicklichkeit bei der Zusammenstellung der Anträge im Verbandsorgan hingewiesen. Die erhöhten Eintrittsgelder für wiederholt Eintretende wurden als nicht mehr modern bezeichnet. K. Frey widmete sich speziell dem von ihm nebst der Zahlstelle Frankfurt gestellten Antrag auf Einführung von Erwerbslosenunterstützung, mit welcher Annahme etwas geschaffen würde, das man in allen Kreisen zu würdigen wisse. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so sei für ihn das Nächste die vom Verbandsvorstand beantragte Hinterbliebenenunterstützung. Brautausstattungs- und Invalidenunterstützung könne er nicht das Wort reden. Auch Schröter, der die Kampfesart des Kollegen Albert-Magdeburg, der in seinem Artikel die Anträge des Verbandsvorstandes ordentlich herunterzureißen versuche, einer gebührenden Kritik unterzog, zeigte sich als warmer Befürworter der Erwerbslosenunterstützung; er weist durch einige Zahlen nach, daß sich eine solche sehr wohl einführen lasse, ohne den Verband irgendwie finanziell zu schädigen. Natürlich müsse es dem Verbandstag überlassen bleiben, für die einzelnen Unterstützungszweige auch einzelne Unterstützungsfähigkeit festzulegen. Hauelsen, Banzhaf und Decker treten den Anträgen für Einführung von Erwerbslosenunterstützung entgegen, da eine solche einen momentan viel zu hohen Beitrag erfordere, den niemand bezahlen wolle.

Zur Frage der Beitragserhöhung machte sich vorwiegend die Ansicht geltend, daß ein Staffelbeitrag mit zwei Stufen eintreten müsse, da ein Beitrag von 50 Pf. für manche Provinzstädte zu hoch sei. Der höchste Satz der Arbeitslosenunterstützung von 50 Pf. pro Tag, ferner die Gemäßregeltenunterstützung und die Umzugskosten wurden als zu nieder gefunden. Der Antrag des Verbandsvorstandes, daß bei lokalen Unterstützungseinrichtungen erst seine Zustimmung eingeholt werden müsse, fand außer Hauelsen und Krauß keine Befürwortung. Allgemein wurde befürwortet, daß der Verbandsvorstand damit seine Macht überschreiten werde.

Eine gewisse Aufregung trat ein bei Beratung des Antrags auf Verlegung des Verbandsvorstandes nach Berlin. K. Frey ist froh, diesen Antrag gestellt zu haben, da dadurch ein anderer Zug durch die Debatte gehe, als wenn der Antrag von Berlin allein gestellt worden wäre. Im übrigen geht Frey näher auf die Gründe ein, die ihn zur Stellung dieses Antrags bewegen haben. Berlin habe den Verband in die Höhe gebracht und auch noch heute sei der Verbandsvorstand dort in gute Hände gegeben; der Einwand, daß in Süddeutschland weniger beherrschende Schikanen zu befürchten seien, sei nicht mehr stichhaltig, da bereits viele Gewerkschaften, selbst die Generalkommission ihren Sitz in Norddeutschland habe. Leuder und Bötcher traten dieser Auffassung schärf entgegen. Durch die Verlegung erwachse für Süddeutschland ein großer Schaden. Schröter verteidigte den Antrag Frey. Leider konnte die Verlegung des Vorstandes und die Gehaltsfrage

unserer Beamten nicht ohne persönliche Verfeindung der Kollegen Lender und Frey beendet werden. Als Delegierte zum Verbandstag kamen K. Frey, G. Frey, Wefner, Schröter, Wötcher, Rück, Schapper jr. und Jöhler in Vorschlag.

Solingen. Am 28. Mai tagte im Vereinslokal eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt, referierte Bruns über den Zweck der Stuarbeiter-Konferenz in Gera, dabei betonend, wie notwendig es sei, einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche herbeizuführen. An der Hand einer Statistik unterzog der Redner die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in den einzelnen Orten in dieser Branche herrschen, einer scharfen Kritik. Unsere hiesigen Fabrikanten sind nicht in der Lage, mit den Eisenberger und Auhlaer Unternehmern konkurrieren zu können, infolgedessen werden viel billige Stuis von Thüringen nach hier eingeführt. In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner dafür aus, daß wir die Konferenz beschicken sollen, um ein genaues Bild über die Lage in der Stuarbranche zu erhalten und um für einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Wenn dann die Konkurrenz billiger liefert, so haben die Unternehmer die Kosten aus ihrer eigenen Tasche zu tragen, während sie jetzt auf Kosten der Arbeiter Schmuckkonkurrenz treiben. Zum Delegierten nach Gera wurde Böhm einstimmig gewählt. Gleichzeitig wurde beschlossen, Sonntag den 5. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal eine Sitzung abzuhalten, zu welcher sämtliche Kollegen, insbesondere die Stuarbeiter, eingeladen sind, um eine genaue Statistik aufzunehmen. (Die Kollegen werden dringend gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.)

Sodann hielt Bruns einen einstündigen Vortrag über die Aufgaben des Verbandstags. Redner ließ die bedeutendsten und wichtigsten Anträge einer kurzen Revue passieren. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Beiträge erhöht werden müßten, um die Unterstützungsfähigkeit zu verbessern, auch trat er warm für eine Hinterbliebenenunterstützung ein. Auch für die weiblichen Mitglieder mußte in dieser Beziehung etwas geschehen. Wenn es auch Leute gibt, wie Kollege Albert-Magdeburg, die hinter einer jeden Unterstützung den Ruin des Verbandes sehen, so gibt es glücklicherweise solche Klänge immer weniger; der Fortschritt der freien Gewerkschaften, die jetzt zusammen über eine Million Mitglieder zählen, zeigt uns am besten, daß die Organisationen mit guten Unterstützungseinrichtungen die größten Fortschritte zu verzeichnen haben. Ferner kam Bruns auf die Anstellung von besoldeten Beamten zu sprechen. Die meisten Gewerkschaften, welche besoldete Beamte angestellt haben, haben diese Mehrausgaben durch den Zuwachs von Mitgliedern wieder wett gemacht. In Rheinland und Westfalen, wo von ca. 8000 Berufsangehörigen nur 600 organisiert sind, würde es sich jedenfalls lohnen, einen unabhängigen Agitator anzustellen. Zum Schluß erwähnte der Referent die Kollegen, dem Verband treu zu bleiben und nicht unzufrieden zu sein, wenn die Beschlüsse des Verbandstags diesem oder jenem nicht gefallen sollten. Unser Verband, der sich aus kleinen Verhältnissen schon soweit emporgearbeitet hat, wird auch mit Hilfe der Mitglieder, wenn solche ein Interesse an der Organisation haben, an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung marschieren.

Da die Zeit schon soweit vorgeschritten war, wurde ein Antrag, die Diskussion über den Vortrag als ersten Punkt in nächster Versammlung zu behandeln, einstimmig angenommen.

Als Delegierter zum Verbandstag wurde, da Grünhoff seinen Beruf wechseln mußte, Bruns-Solingen für den 16. Bezirk aufgestellt. Da Bruns schon mehrere Jahre agitatorisch tätig und die Verhältnisse im 10. Gau genau kennt, wurde der Wunsch ausgedrückt, daß auch die anderen Zahlstellen für seine Wahl eintreten sollen.

Nachdem noch einige lokale Sachen erledigt, war Schluß der gutbesuchten Versammlung. Kollegen, möge die nächste Versammlung am 11. Juni noch besser besucht werden wie die letzte, dann wird auch das Interesse in unserer Zahlstelle wieder ein anderes. Kein Mitglied darf weder ruhen noch rasten, bis daß der letzte Berufscollege am Orte organisiert ist, und das ist nur möglich, wenn

wir Kollegialität üben und gemeinsam arbeiten für unseren Verband.

Berlin. Die Generalversammlung am 26. Mai bewilligte den streikenden dänischen Buchbindern 200 Mk., den Berliner Bergoldern 200 Mk. und den Berliner Bäckern 100 Mk. Zu: Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag, verliest Brückner die von der kombinierten Verwaltungsführung vorgeschlagene Liste; aus der Mitte der Versammlung erfolgten auch noch mehrere Vorschläge. In der Diskussion über die Kandidatenfrage waren verschiedene Redner der Meinung, daß es doch besser wäre, wenn ein Beamter über die Zeit des Verbandstags in Berlin bliebe, um bei etwaigen ausbrechenden Differenzen zur Verfügung zu sein.

Nach dem Geschäftsbericht vom ersten Quartal fanden Verhandlungen statt bei: Marschall, Standke & Polensky, Raschig, Martin Pohle und Bleistein. Zu Streiks kam es bei den Firmen: Haasenfein & Bogler, Standke & Polensky und Martin Pohle. Tariffchiedsgerichtssitzungen fanden zwei statt, in Sachen der Kartonmeter. In der Buchbinderbranche wurden abgehalten: 49 Werkstubeversammlungen, 6 Gau- und kombinierte Sitzungen, 3 Tariffitzungen, 3 Schiedsgerichtssitzungen und 4 Delegiertenitzungen. Der Geschäftsgang war im allgemeinen ziemlich flau und wurde in einigen Geschäften verkürzt gearbeitet. In der Luxuspapierbranche haben stattgefunden: 47 Werkstubeversammlungen, 1 Branchenversammlung, 1 Morgensprache für Presser und eine für Präger, 3 Delegiertenitzungen und 4 Tariffitzungen für Presser. Der Geschäftsgang ist zurzeit gut. In der Leder- und Papiergalanteriebranche fanden 18 Werkstubeversammlungen und 3 Delegiertenitzungen statt. Der Geschäftsgang war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Goldschneidmacher hielten 4 Branchenversammlungen und 5 Werkstubeitzungen ab. In dieser Branche wird sehr über Arbeitsmangel geklagt. Die Albumbranche hielt 2 Branchenversammlungen, 45 Werkstubeitzungen, 2 Delegiertenitzungen und 4 Tariffitzungen ab. Einige Geschäfte haben die neunstündige Arbeitszeit bewilligt unter Beibehaltung der bisherigen Löhne. In der Stuarbranche fanden 9 Werkstubeversammlungen statt, welche sich zum größten Teil mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit beschäftigten, die bis auf 3 Betriebe eingeführt ist. In der Kontobuchbranche fanden 1 Branchenversammlung, 12 Werkstubeversammlungen, 3 Delegiertenitzungen und 1 Sitzung der Tariffkommission statt. Der Geschäftsgang war im allgemeinen befriedigend. In der Kartonbranche wurden 1 öffentliche Versammlung, 1 Branchenversammlung, 34 Werkstubeversammlungen, 7 Delegiertenitzungen und 10 Tariffkommissionssitzungen abgehalten. Die Zahlstelle hatte am Schluß des ersten Quartals 2670 männliche, 2403 weibliche, zusammen 5073 Mitglieder; mithin eine Zunahme gegen das vorige Quartal von 265 Mitgliedern. Auf Antrag der Ortsverwaltung bewilligte die Versammlung nachträglich die Summe von 80 Mk. für Bureauausflüsse.

Laut Bibliothekbericht wurde die Bibliothek 816mal von männlichen und 220mal von weiblichen Mitglieder benützt. Der Bücherbestand beträgt 1139 Bände.

Im Arbeitsnachweis ließen sich eintragen 387 männliche, 552 weibliche Mitglieder. Verlangt wurden 355 männliche, 859 weibliche Arbeitskräfte. Befetzt wurden 281 Stellen für männliche, 529 für weibliche Arbeitskräfte. Die Arbeitsvermittlung hat gegen das Vorjahr einen erfreulichen Aufschwung genommen. Zurzeit ist die Konjunktur so günstig, daß gelernte Arbeiterinnen in den letzten Wochen gar nicht als Arbeitssuchende gemeldet waren. In der Debatte über den Arbeitsnachweis wurde darüber Klage geführt, daß die Innungsmeister die Forderung an uns gestellt haben, Bekanntmachungen über Streiks und Sperren nicht mehr an der Tafel auszusprechen, widrigenfalls sie den Arbeitsnachweis zum 1. Oktober kündigen würden.

Brückner erklärt, daß unser Arbeitsnachweiseiter verpflichtet ist, bei der Stellenaussage jeden, der eine Stelle annehmen will, auf etwaige Streiks oder Sperren mündlich aufmerksam machen muß. Lustig beschwert sich, daß Stellen unter Tarif ausgegeben werden und stellt den Antrag, daß beim nächsten Quartal mitgeteilt werden muß, wieviel Stellen

unter Tarif und wieviel bei tariflicher Bezahlung vermittelt werden. Dieser Antrag wurde angenommen. Nach Entgegennahme der Abrechnung vom Stiftungsfest wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. In Anbetracht der vorgerückten Zeit wurde die Beratung der Anträge zum Verbandstag zurückgestellt.

Literarisches.

Die „**Neue Zeit**“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieh' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften a 25 Pf. (pro Quartal 8,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen. Erschienen ist Heft 35.

„**Soziale Praxis**“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 35.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieh' Verlag) ist uns Nr. 12 des 14. Jahrgangs zugegangen. — Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Lieder eines fahrenden Schülers, nebst einem Jugendbildnis und einer Biographie des Verfassers Manfred Wittich und mit einem Vorwort versehen von Rudolf Lavant. Herausgegeben von Anna Wittich, Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei (Volkzeitung). Preis 50 Pf.

Der Zukunftsstaat der Junker. Mantuffenseien gegen die Sozialdemokratie im preussischen Herrenhaus am 11. und 13. Mai 1904. Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner. Preis 20 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

Von den „**Dokumenten des Sozialismus**“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieh' Verlag) ist soeben das fünfte Heft des IV. Bandes erschienen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

Briefkasten.

L. Sch. in L. Bedauere, ich kann keinen Gebrauch davon machen.

G. D. in R. Sie haben wieder geschlagene 8 Wochen zur Absendung Ihres Berichts gebraucht, künftig nehme ich einen solchen nicht auf.

W. J. in D. Vielen Dank für den vorherigen Einblick in den Sitzungssaal, steht ja sehr nobel aus.

G. Pf. in L. Versteht, verstehe alles!

K. L. in M. Soll von jetzt an b'achtet werden.

G. B. in St. Gallen. Sendung kostet 50 Pf. Porto.

G. J. in St. Artikel zum Verbandstag in nächster Nummer.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau V. (Vertrauensmann für Burg bei Magdeburg: F. Mool, Or. Brahmstraße 18.)

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Reutlingen: Georg Rösch, Weingärtnerstraße 23.

Abänderung im Verzeichnis der Reiseunterstützungs-Auszahler.

Braunschweig. Z. Robert Kantz, Scharnstr. 17; von 12 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{4}$ und 7—8 Uhr. Sonntags von 11—12 Uhr. L. U. Dl. 18 Mk. Az. 10 St.

Bromberg. Z. Matkowsky, Danzigerstraße 19 part.; von 12—1 und 7—8 Uhr. Ml. 16 Mk. Az. 10 St.

Offenbach a. M. Z. R. Brandstädt, Geleitstr. 58 p., zu jeder Tageszeit. Für Arbeitslose am Orte: S. Kienzle, Domsfr. 6 Hl. Dl. 20 Mk. Az. 10 St.

Auffung.

Für die ausgesperrten Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen in Dänemark gingen bei der Verbandskasse ein: von Offenbach 15 Mk., Zeis 5 Mk., München 50 Mk., Konstanz 10 Mk., Frankfurt 25 Mk., Kiel 20 Mk., Berlin 200 Mk., Personal der Vorwärtsbuchbinderei in Berlin 10,05 Mk., Personal der Kontobuchfabrik Kemm in Berlin 10 Mk., Personal der Kontobuchfabrik Niesenstahl & Junge in Berlin 14,80 Mk., Kollege A. Hoffmann in Berlin 50 Pf., Kollege Götberg im Gau 6 1 Mk., aus einer alten Leipziger Sammelbüchse 32 Pf., zusammen 361,67 Mk. Gesamtsumme **779,67 Mk.**

G. Hauelsen.

Zur gefälligen Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einsendungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.

